



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die nationalliberale Partei vor dem Reichstagswahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichstag hatte Baden 11 Nationalliberale entsendet, 1 Deutschconservativen, 2 Ultramontane. Die Wahlen zweier Nationalliberalen waren für ungültig erklärt und Neuwahlen noch nicht vollzogen wurden. Prophezeien ist schwer. Freiburg ist ein national-liberales Sorgenkind. In Karlsruhe werden's die Deutschconservativen wieder mit aller Macht versuchen. Aber trotzdem hoffen wir wieder elf Nationalliberale zu entsenden. Fiat!

D. 20. Juni.

Hr.

Die nationalliberale Partei vor den Reichstagswahlen.*)

Es erscheint uns als eine ernste Pflicht d. Bl., die stets zur nationalen Partei gehalten haben, ohne im Dienste einer Fraktion zu stehen, offen zu bekunden, daß der Wahlaufruf, welchen das noch von den bisherigen Abgeordneten früher eingesetzte „Zentralwahlkomité der nationalliberalen Partei“ am 16. Juni dieses Jahres in Berlin erlassen, in weiten Kreisen wenig befriedigt hat.

Jener Aufruf läßt es, und zwar höchst wahrscheinlich mit voller Absicht, durchaus unklar, ob einer neuen, auf denselben Grundlagen wie die vorige ruhenden Vorlage zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen entgegen getreten werden soll oder nicht. Die Wähler müssen aber, um sich zu entscheiden, unbedingt baldigst wissen, ob die Kandidaten für Ausnahmemaßnahmen gegen die Sozialdemokratie oder ob sie nur für solche Maßnahmen zu stimmen gewillt sind, welche sich auf dem Boden des gemeinen Rechts bewegen. Sie müssen es schleunigst wissen, weil die Reichsregierung nun einmal an Ausnahmemaßregeln festhält, deren nochmalige Ablehnung also einem Scheitern der gesetzlichen Abwehr gleichkäme, welche das aus seiner Ruhe aufgerüttelte deutsche Volk entschieden verlangt. Die liberalen Wähler können sich auch nicht befreunden mit der Ansicht, daß in erster Linie das ihrer Richtung widerstrebende Verfahren stehe, die nothwendigen scharfen Maßnahmen blos deshalb auf die ganze Bevölkerung auszudehnen, weil durch sie nur der verworfenste Theil derselben getroffen werden soll. Wird aber das gemeine Recht nur accentuirt, weil man minder scharfe Maßregeln wünscht, so danken wir erst recht dafür; denn unbeschadet des nebenher einzuleitenden Heilungsprozesses

*) Nicht von der Redaktion, sondern von einem Manne, der schon von den Tagen des Nationalvereins an treu zur Partei gehalten.

sind für den Augenblick die schärfsten Maßnahmen gegen die Feinde der Gesellschaft nöthig.

Der erwähnte Aufruf ist viel zu allgemein gehalten, während gerade die Gegenwart ein volles, offenes, resolutes Herausgehen mit der Sprache erfordert. Und in dieser Allgemeinheit enthält der Aufruf Wendungen, welche bezüglich der Absichten große Bedenken geradezu herausfordern. Deutlich schimmert im 3. bis 6. Absätze der Vorwurf durch, daß die Regierung den Reichstag mit Unrecht aufgelöst und Neuwahlen zur ungeeigneten Zeit angeordnet habe. Es hängt das zusammen mit der folgenden Ausführung, daß der vorige Reichstag jetzt bereit gewesen wäre, das Nöthige zu genehmigen, zugleich aber läßt sich herauslesen, daß man diese Bereitwilligkeit auf nichts weiter erstreckt haben würde, als wozu man am 24. Mai bereit war. Diese Auffassung scheint bestätigt zu werden durch die Haltung der beiden Organe der Partei, der „Berl. Aut. Korr.“ und der „Nat. Lib. Korr.“, welche noch immer sich in Mißtrauen gegen eine heraufziehende Reaktion ergehen. Als ob die Reaktion, welche wir allein zu fürchten haben, die nach Art derjenigen aus der Mantuffel'schen Zeit, überhaupt möglich wäre, solange die Schöpfer des deutschen Reiches noch an der Spitze stehen, die sich wohl hüten werden, einen solchen Weg zu betreten, der zugleich einen Rückgang von Preußens deutscher Machtstellung im Gefolge haben müßte! Sene Organe verschweigen die Rundgebungen, aus denen ein grundsätzlicher Gegensatz zahlreicher Stimmen der Partei hervorgeht, sie sprechen so, als sei die Meinung der „Berliner Vorsehung“ der Partei diejenige der Partei im ganzen Reiche, weil von denen, die am 16. Juni in Berlin versammelt waren, niemand dissentirt habe, und werfen ihren Gegnern vor, eine Meinungsverschiedenheit wieder erträumt zu haben. Das ist ein nicht zu entschuldigendes Verfahren und nur begreiflich dadurch, daß das Gros der nationalen Partei in den Parlamenten von der Grundrichtung der Partei wieder abfällt nach der Richtung der Fortschrittspartei hin. Dazu können wir so wenig schweigen wie Treitschke. *)

Das Bestreben jeder Partei, die Ihrigen möglichst zusammenzuhalten, ist ja ganz natürlich, und es empfiehlt sich gewiß zu allen Zeiten, Unebenheiten, Mißverständnisse und kleinere Meinungsverschiedenheiten im Innern der Partei zu verhüten oder zu begleichen; ganz etwas Anderes aber ist es, wenn inmitten einer Partei Verschiedenheiten sich erheben, welche die Grundprinzipien, wenn dieselben gar die Mittel und Wege betreffen, wie die politischen Ziele im Staatsleben praktisch angestrebt werden sollen.

*) Und wir haben unsere Meinungsverschiedenheit bereits ausgesprochen, ehe Treitschke im Parlament und in den „Preuß. Jahrbüchern“ seine Uebereinstimmung mit unsern Absichten kundgab. D. Red.

Unter solchen Umständen erscheint es als politisches Gebot der Partei, unumwunden wenn auch schweren Herzens anzuerkennen, daß eine gesündere Weiterentwicklung der öffentlichen Dinge in Zukunft eine Beachtung jener Minorität der Partei erheischt, welche am reinsten die ursprünglichen Ziele der Partei vertritt, und welche wir nicht sowohl den „rechten Flügel“ als den wirklich staatsmännischen Theil der Fraktion nennen möchten. Denn es ist eine arge Täuschung, zu glauben, der formelle Zusammenschluß könne von wesentlichen Nutzen sein, wenn das nicht geschieht. Für die allgemeinere Entwicklung müßte eine solche fortgesetzte Nichtachtung der staatsmännischen Köpfe der Partei sogar nachtheilig sein, und für Beide kann er sich unversehens bitter rächen; sobald wichtigere Fragen nahen, können alle Vorsätze und das Ergebnis langer Bemühungen plötzlich in die Brüche gehen.

Es ist bekannt, daß bei vielen Gelegenheiten, in wichtigen parlamentarischen Fragen im nationalliberalen Lager eine Verschiedenartigkeit der Richtung hervortrat. Dieselbe betraf weniger die idealen Parteiziele, als das praktische Handeln im konkreten Falle. Die Sache war um so befremdlicher, als die Partei von Anfang an gerade auf diese praktische Richtung ihr Augenmerk lenken zu wollen schien. Gerade das schien das Bindemittel der verschiedenartigen Elemente zu bilden, welche das Conglomerat der Partei umfaßt. Auf die kräftige Unterstützung der Politik unseres leitenden Staatmannes, auf die vorläufige Weglassung alles Nebenfächlichen, auf Festhaltung der großen Gesichtspunkte schien es allein ankommen zu sollen. Dftmals hörten wir, es bestehe eigentlich kein Unterschied mehr zwischen der nationalliberalen und der freikonservativen Partei als Name und Entstehungsart, und doch sahen wir dann periodisch ein Gravitiren nach der Fortschrittspartei, welche praktische Wege grundsätzlich zu verwerfen scheint und nur Idealen nachjagt. Diese Erscheinung hat bei vielen Genossen der nationalliberalen Partei die unangenehmsten Empfindungen hervorgerufen, namentlich dann, wenn auf die unwürdigsten Angriffe, welche die Fortschrittspartei gegen die nationalliberale Partei richtete, diese sich derselben nur freundlichst wieder zu nähern schien.

Jetzt aber wird das Verhalten der Partei gegenüber dem Sozialistengesetze von der Geschichte unzweifelhaft als schwerer Fehler gezeichnet werden, weil die Gefahren, welche dasselbe abzuwehren bestimmt war, jedenfalls größer waren als diejenigen, welche mit der Ablehnung oder Nichtanwendung vermieden werden sollten. Die Opposition hat einen Punkt unbeachtet gelassen, gegen welchen keiner der vernommenen Einwände, und wenn sie sämmtlich begründet gewesen wären, aufzukommen vermag: es kam zunächst lediglich auf rasches Einschreiten an. Wenn in meinem Hause ernstlich Feuer ausbricht, so verbringe ich die kostbare Zeit nicht damit, daß ich mich mit den Hausgenossen

über die etwaige Schuld an der Entstehung des Unglücks herumstreite, noch auch mit Versuchen zur Anwendung kleiner Hausmittel, sondern ich schreite sofort zu der Ausnahmemassregel der Herbeirufung der Feuerwehr; daß deren Wasserstrahlen kein Heilmittel gegen die Möglichkeit künftiger Brände sind, das braucht man nicht erst in langen Reden beweisen zu wollen. Auch der Wahlaufruf vom 16. Juni beruht auf der seltsamen Unterstellung, daß das jetzt gewünschte Gesetz die soziale Krankheit heilen solle. Die bloße Möglichkeit selbst der baldigsten Wiederkehr der entsetzlichsten Vorgänge mußte der vorige Reichstag sich vergegenwärtigen. Freilich läßt sich nicht sagen, die That vom 2. Juni wäre nach Annahme des Gesetzes unbedingt unterblieben; aber unstreitig hat für die Zwischenzeit die Deckung gefehlt, ein Versehen, welches im Felde Moltke nicht begangen hätte. Daß nun der unglückliche Zufall die ungläubige Reichstagsmehrheit so furchtbar Lügen strafte, lastet unter allen Umständen schwer auf ihr.

Gewiß fühlten viele derselben das Bedürfnis nach der Gelegenheit, sich bereiter zu zeigen. Man schien es nach dem 2. Juni für undenkbar halten zu müssen, daß noch irgend ein antisozialistischer Abgeordneter Ausnahmemassregeln verwerfen könnte. Und dennoch drängt der Wahlaufruf vom 16. Juni die Vermuthung auf, daß sogar Bennigsen und Genossen bei derselben Meinung verbleiben werden.

Es mag sein, daß die fünf Abgeordneten, welche in der „Nat. Ztg.“ vom 6. d. M. ihre Bereitwilligkeit, jetzt einer Vorlage wie der neulichen zuzustimmen, kundgaben, damit zunächst nur einen schwachen Versuch haben machen wollen, die Auflösung des Reichstags abzuwenden, tatsächlich aber haben sie damit nur den ersten Schritt gethan zu jener Enthüllung, welche offenbar einer jener Fünf oder ein gesinnungsverwandter Abgeordneter in der national-liberalen heftigen „M. Ztg.“ vom 12. d. M. gab. Hiernach hat in der Partei eine Minderheit von 20 bis 30 Stimmen bestanden. Diese würden zwar nicht ausgereicht haben, der Vorlage im Reichstage die Mehrheit zu verschaffen, aber dennoch suchte man in der Partei zu verhindern, daß diese Herren ihrer Ansicht gemäß stimmten. Bennigsen nahm „eine gewisse vermittelnde Stellung“ ein und wußte zu beruhigen durch den Hinweis auf eine etwaige Bereitwilligkeit im Herbst. So kam zwischen der Richtung einerseits Lasker's und des Vorstandes, andererseits Gneist's mit der Minderheit das Kompromiß zu Stande, wonach Bennigsen im Reichstag in jenem Sinne reden, die 20 — 30 aber ebenfalls mit Nein stimmen sollten. Darauf wurden diese bei der 2. Lesung durch den nicht vorgesehenen Antrag Beseler-Gneist „in eine eigenthümliche Lage“ versetzt. Das Resultat war, daß nur zwei Abgeordnete den Muth hatten, für den Antrag zu stimmen, 6 das Aus-

kunstmittel der Enthaltung wählten, der Rest aber, also wenigstens 17, gegen die eigene Ansicht stimmten. Wo die Verhältnisse bis zu solchem Grade von Unnatürlichkeit gediehen waren, wo selbst ein Blatt wie das letzt erwähnte sagt, daß „der Zwiespalt“ in der Partei „nicht als bloß formeller betrachtet wurde“ und daß „auf Seiten der Partei in den letzten Zeiten mehr Systematik als Politik obgewaltet“ habe, da hätte man wirklich erwarten dürfen, daß die Parteileitung, weniger als sie das in dem Aufruf vom 16. d. M. gethan, das Bedürfnis hätte fühlen sollen, auf ihre Weisheit und ihren richtigen Blick zu pochen in einer Frage, in der für sie keinesfalls Vorbern mehr zu holen waren. Es war unsres Erachtens vielmehr Pflicht der nationalen Partei, einfach zu sagen, daß ihre Anhänger der Regierung die außerordentlichen Vollmachten ertheilen müssen, welche die Nothlage erheischt. Denn so wird das deutsche Volk am 30. Juli entscheiden, ob nun die Berliner Vorsehung auf ihrem Schein besteht oder nicht. —

Von dem schönen Lockruf der Neukonservativen sprechen wir ein ander Mal. —

Literatur.

Vier Jahre in Afrika (1871—75) von Ernst v. Weber. Mit Abbildungen in Holzschnitt, einem Plane und einer Karte. Zwei Theile, F. A. Brockhaus. Leipzig 1878. — Ein sehr interessantes Buch, mit welchem wir unsere Leser noch mehrfach zu beschäftigen gedenken. Die starken zwei Bände sind entstanden aus den Briefen, die der bekannte Reisende über seine ursprünglich völlig improvisirte Fahrt nach Afrika an die Seinen nach Hause schrieb. Wer daher eine rein wissenschaftliche ernsthafte Arbeit über die vom Verfasser durchmessenen Theile Südafrikas erwartet, der irrt ebenso sehr wie derjenige, der aus dem schwarzen Erdtheil am liebsten feuilletonistisch gehaltene, abenteuerliche Reisebeschreibungen erwartet. Kunstlosigkeit, absolute Wahrhaftigkeit, rückhaltlose Offenheit zeichnet diese brieflichen Berichte über ein bei uns beinahe noch völlig unbekanntes Land aus, die daneben doch sehr lesbar und fesselnd geschrieben sind. Was aber vor Allem diesen beiden Bänden ihren besonderen Werth verleiht, ist die Thatsache, daß hier wohl der erste Reisebericht von solchem Umfange und von einem so kenntnißreichen Manne vorliegt, aus deutscher Feder, über Länder, Zustände und Völker, die bisher literarisch, wie leider mehr und mehr auch politisch so zu sagen die Domain der Engländer geworden sind. Wir meinen speziell die südafrikanischen Diamantfelder, den Dranje=Freistaat und Natal.